

Beschlussprotokoll II

der 6. Sitzung des Bundesrates vom 11. Februar 1970

I. Aussprachen

Der Spionagefall Buttex

Grundlagen: Ein vertraulicher Antrag des JPD vom 10. Februar 1970, und der Mitbericht des EPD vom 11. Februar 1970 dazu. Das JPD beantragt, das EPD durch den Bundesrat zu beauftragen, dem sowjetrussischen Botschafter sofort die wesentlichen vorläufigen Untersuchungsergebnisse zu eröffnen, soweit sie die Botschaftsangehörigen Alexei Sterlikov und Nikolai Savine betreffen und ihm mitzuteilen, dass der Bundesrat sich vorbehalte, sie als personae non gratae zu bezeichnen. Das EPD sollte ferner die erforderlichen Vorkehren treffen, sofern die beiden erwähnten Botschaftsangehörigen nicht innert angemessener Frist zurückgezogen werden. Das EPD beantragt in seinem Mitbericht, die Worte "sie als personae non gratae zu bezeichnen" durch die Worte "ihre Rückberufung zu verlangen" zu ersetzen. Da das JPD bereits eine Pressekonferenz angekündigt hat, schlägt das EPD vor, es sei durch den Bundesrat schon heute die Rückberufung der beiden Beamten der sowjetrussischen Botschaft zu beschliessen. Diese Massnahme sollte dem sowjetrussischen Botschafter noch am Nachmittag des 11. Februar 1970 eröffnet werden, unter Einräumung einer Frist von 10 Tagen. In diesem Sinne sollte auch die Presse am Donnerstag orientiert werden. Herr Gnägi gibt dem Rat Kenntnis von zusätzlichen Unterlagen, die ihm Herr von Moos in dieser Sache übermittelt hat. Der Chef des JPD ist der Meinung, dass der Presse vorderhand nur Mitteilung in dem Sinne gemacht werden soll, dass sich das Verfahren gegen die beiden zitierten Mitarbeiter der russischen Botschaft richtet. Im übrigen sollte die materielle Information über die Angelegenheit am Donnerstag abgegeben werden. Der Bundesrat aber sollte schon in seiner Mittwochsitzung darüber entscheiden, ob die beiden Russen als personae non gratae erklärt werden sollen oder ob zuerst der russische Botschafter informiert werden soll. Herr Graber verweist auf die verschiedenen Meldungen, die in der Presse über diesen Fall erschienen sind und die zum Teil ein völlig entstelltes Bild geben. Er orientiert über die Rolle der beiden genannten Russen, die als Mittelsmänner tätig waren, wobei er der Auffassung ist, dass man nicht von einem schwerwiegenden Fall sprechen kann. Buttex befasste sich einerseits mit der Beschaffung von Ausweiskarten von nicht mehr lebenden aber noch in den Kartotheken figurierenden Personen, andererseits mit Nachrichten über ~~Kommunisten~~ chinesischer Richtung. Man hätte die Angelegenheit also mit Fug ohne den grossen Lärm, der nun darum entstanden ist, erledigen

können. Auf jeden Fall aber muss auch das Verfahren, das die beteiligten Departemente in solchen Angelegenheiten zu beachten haben, überprüft werden. Sobald ausländische Diplomaten an einem Fall beteiligt sind, sollten von keinem Departement Namen genannt werden ohne die Zustimmung des EPD. Im vorliegenden Fall wäre es eventuell denkbar gewesen, dem russischen Botschafter eine Frist bis Ende der Woche für die Ausreise der beiden beteiligten Mitarbeiter zu setzen, nun ist dies aber, da das JPD bereits eine Pressekonferenz angekündigt hat nicht mehr möglich, so dass der Bundesrat ohne Verzug entscheiden muss. Herr Gnägi teilt mit, dass es sich nach der Auffassung des Bundesanwalts - im Gegensatz zu jener von Herrn Graber - doch um einen gravierenden Fall handelt. Die Methoden der toten Briefkästen, der Anlegung von Namensverzeichnissen usw. sind nicht ungefährlich. Die Verhältnisse waren jedenfalls so, dass gegen Buttex vorgegangen werden musste, desgleichen gegen die beiden Attachés der russischen Botschaft. Auch für die Ansetzung der Pressekonferenz durch das JPD sprechen gute Gründe, denn jede Verschiebung hätte nochmals zur Verbreitung einer Unzahl von falschen Gerüchten geführt. Was im übrigen die Haltung gegenüber der russischen Botschaft anbetrifft, kann das JPD der härteren Linie des EPD sicher nur zustimmen. Nachdem auch Herr Bonvin der Notwendigkeit einer besseren Koordination bei der künftigen Behandlung solcher Fälle das Wort geredet hat, beschliesst der Rat im Sinne des Mitberichts des EPD, unter gleichzeitiger Zustimmung zur These von Herrn Graber, dass inskünftig in Spionagefällen, an denen Personal ausländischer Botschaften beteiligt ist, keine Namen mehr ohne die Zustimmung des EPD publiziert werden dürfen. Herr Graber wird ferner eingeladen, sich mit Herrn von Moos persönlich im Hinblick auf die Koordination künftiger Verfahren in Verbindung zu setzen.

II. Umfrage

Herr Bonvin

- verweist auf das Problem des Einsatzes von Hagelkanonen, denen der Vorwurf einer Gefährdung der Luftfahrt gemacht wird. Eine eingehende Abklärung über das Bestehen solcher Gefahren ist im Gange. In der Zwischenzeit werden Porter-Flugzeuge eingesetzt. Dieser Versuch aber verursacht Mehrkosten, die auch für das Jahr 1970 vom VED getragen werden sollten. - Der Rat ist einverstanden.

Herr Brugger

- verweist auf einen Brief von Herrn Nationalrat Baechtold (Bern), der gegenüber Herrn Ing. Fritz Berger, Delegierter des Bundesrates für Wohnungsbau, den Vorwurf des Missbrauchs seiner amtlichen Stellung für sein privates Büro erhebt. Nach Erklärungen von Herrn a. Bundesrat Schaffner und einem Bauunternehmer, der die Verhältnisse sehr gut kennt, können diese Vorwürfe nicht gerechtfertigt sein. Es stellt sich aber doch die Frage, wie die Eingabe von Herrn Nationalrat Baechtold weiter behandelt werden soll. Auf Grund einer kurzen Aussprache, an der sich die Herren Bonvin, Tschudi und Gnägi beteiligen, wird Herrn Brugger empfohlen, Herrn Nationalrat Baechtold kommen zu lassen und mit ihm die Angelegenheit konferenziell zu besprechen;
- orientiert den Rat über die Besprechungen, die er mit dem argentinischen Wirtschafts- und Arbeitsminister Dr. José Maria Dagnino Pastore hatte und deren Ergebnis er als befriedigend bezeichnet.
- legt dar, dass das geltende Uhrenstatut Ende 1971 abläuft. Für die Neuordnung - in Richtung einer Liberalisierung - ist eine gewisse Zeitnot entstanden. Die rechtzeitige Verabschiedung der neuen Vorlage durch den Bundesrat und die Behandlung in den Räten setzt die sofortige Einleitung eines Vernehmlassungsverfahrens voraus. Die Vorarbeiten dafür sind abgeschlossen, die Spitzen der Uhrenindustrie sind mit den Vorschlägen des EVD einverstanden - mit Ausnahme der Kreise um die Roskopfhren. Materiell bilden die Schaffung eines Swissmade-Qualitätszeichens sowie ein gewisser Ausbau der technischen Kontrolle den Kern des Fortsetzungsbeschlusses. Das EVD sollte ermächtigt werden, das Vernehmlassungsverfahren ohne Verzug einzuleiten, das heisst ohne dass das Geschäft vorgängig dem Bundesrat materiell zur Stellungnahme unterbreitet werden muss. - Der Bundesrat ist damit einverstanden.

Herr Graber

- stellt die Gründung der seit längerer Zeit diskutierten Rückversicherungsgesellschaft der IATA zur Diskussion und wünscht, dass der Bundesrat informiert werde, bevor das JPD einen Entsch eid fällt. - In der Diskussion wird darauf aufmerksam gemacht, dass diese Angelegenheit kürzlich schon besprochen wurde und dass das JPD dem Bundesrat einen Bericht in Aussicht gestellt hat. Herr Bonvin teilt noch mit, dass er erfahren hat, dass sich nun auch Skandinavien und Kanada um den Sitz dieser Gesellschaft interessieren, Herr Brugger hat ebenfalls den Eindruck, dass in andern Staaten der Appetit gewachsen ist, seit bekannt wurde, dass die Gründung dieser Gesellschaft in der Schweiz auf Schwierigkeiten stösst. Herr Gnägi hält dafür, dass die Angelegenheit auf jeden Fall nun beschleunigt be-

Herr Graber (Fortsetzung)

handelt werden muss. Der Rat beschliesst, das JPD zu beauftragen, ihm für die Sitzung vom nächsten Mittwoch den in Aussicht gestellten Bericht zu unterbreiten.

Herr Bundespräsident Tschudi

- gibt von einem Dankeschreiben von Herrn von Moos Kenntnis für die Glückwünsche und Gaben, die er zum 60. Geburtstag erhalten hat;
- teilt mit, dass Herr von Moos - der abwesend ist - die Zustimmung des Bundesrates für die Einbürgerung von Yehudi Menuhin möchte, da nach der Auffassung des JPD die Voraussetzungen nicht ganz erfüllt sind. Der Rat erteilt diese Zustimmung, wobei Herr Graber noch darauf aufmerksam macht, dass man je nach der Berücksichtigung und Zusammenrechnung der **Aufenthaltsdauer** in der Schweiz zu einem Resultat kommt, dass die Einbürgerung erlaubt, ohne dass dem Gesetzgeber die Zwang angetan werden muss;
- gibt Kenntnis von einem Schreiben des Verwaltungsrates der Schweizerischen Depeschenagentur, der mit Genugtuung vom Beschluss des Bundesrates über die Leistungen des Bundes an die Depeschenagentur für das Jahr 1970 Kenntnis genommen hat;
- teilt mit, dass demnächst im Nationalratssaal eine Feier zum 10-jährigen Bestehen der Invalidenversicherung stattfinden soll. Es stellt sich die Frage, ob in der Wandelhalle ein Apéritif serviert werden darf. Der Rat hält dafür, dass dies ausnahmsweise zulässig sein soll und erteilt seine Zustimmung;
- teilt mit, dass zwischen Herrn Professor Hochstrasser und russischen Kollegen der Forschung letztes Jahr eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie angebahnt worden ist. Diese Zusammenarbeit soll nun durch einen Briefwechsel untermauert und formell vereinbart werden. Es fragt sich, auf welcher Ebene die Unterzeichnung seitens der Schweiz erfolgen soll. Der Rat ist der Auffassung, dass dafür die Abteilung für Wissenschaft und Forschung zuständig sein soll;
- weist auf die Diskussion, die in der letzten Sitzung um gewisse Indiskretionen um die Traktandenliste des Bundesrates stattgefunden hat. Seither hat sich herausgestellt, dass gewisse Journalisten sogar von den blauen Blättern, auf denen die wichtigsten Geschäfte der kommenden Sitzungen vermerkt sind, Kenntnis erhalten. Herr Bundeskanzler Huber teilt dazu mit, dass die blauen Listen ausschliesslich den Mitgliedern des Bundesrates, ihm selbst und den beiden Vizekanzlern zugestellt werden. Was die weissen Listen anbelangt, hat im Kreise der Informationschefs eine Aussprache stattgefunden,

Herr Bundespräsident Tschudi (Fortsetzung)

aus der sich ein gewisses Malaise ~~ergab~~, da die Informationschefs dafür halten, dass sie in solchen Fällen zu unrecht verdächtigt werden. Herr Büschi hat inzwischen auch gegenüber Herrn Vizekanzler Buser ausdrücklich erklärt, dass er seine jeweiligen Kenntnisse nie von einem Chef eines Informationsdienstes bekam, sondern von Sachbearbeitern und Chefbeamten der Verwaltung. Seither hat sich ein weiterer, vielsagender Fall abgespielt: Ein Bundeshausjournalist wünschte vom Pressechef des EPD (der davon noch gar keine Kenntnis hatte) Auskunft über den Lebenslauf mehrerer Botschafter, die in den nächsten Wochen auf neue Posten versetzt werden sollen. Der betreffende Journalist kannte sämtliche Mutationen. Auch diese Indiskretionen sind offensichtlich von Leuten gemacht worden, die nicht zum Kreise der Pressechefs gehören. Die Bundeskanzlei ist aber bereit, die Angelegenheit weiter zu prüfen und den Kreis der Empfänger der Listen auf das unbedingt notwendige Minimum zu beschränken. Herr Gnägi teilt mit, dass Herr Büschi dem Chef des Informations- und Pressedienstes des EMD eine schriftliche Erklärung gegeben hat, wonach er nie von Seiten dieses Dienstes eine vertrauliche Meldung bekommen hat. Seit 4 Jahren hat dieser Journalist auch keinen WK mehr im EMD absolviert. Herr Graber macht darauf aufmerksam, dass offenbar von einzelnen Journalisten bei der Beschaffung ihrer Nachrichten mit sehr geschickten Methoden vorgegangen wird, und er erläutert dies am Beispiel des Falles Buttex, für welchen der Vertreter der Tribune de Lausanne im EPD mit eigentlichen Fangfragen Nachrichten gesammelt hat.

Herr Bundeskanzler Huber

- teilt dem Rat mit, dass er auftragsgemäss mit Herrn a. Bundesrat Petitpierre wegen der Eingabe des Rassemblement Jurassien Fühlung genommen hat. Herr Petitpierre lässt den Bundesrat wissen, dass sich seine Kommission Ende Februar oder anfangs März mit der Angelegenheit befasst, und dann wieder mit dem Bundesrat Fühlung nehmen wird. Nach der Meinung von Herrn Petitpierre sollte ein Meinungsaustausch zwischen dem Bundesrat, dem Regierungsrat des Kantons Bern und der Kommission der guten Dienste stattfinden. In welcher Richtung materiell entschieden werden soll, hat Herr Petitpierre noch nicht durchblicken lassen. Herr Graber stimmt dem vorgeschlagenen Meinungsaustausch zu, fragt sich aber, ob dafür der Bundesrat und der Regierungsrat in corpore aufgeboten werden sollen. Besser wäre wohl die Bestimmung von Delegationen. Was im übrigen die vom Rassemblement Jurassien gesetzte Frist vom 31. März betrifft, ist diese für den Bundesrat keineswegs bindend. Man muss sich bewusst sein, dass wir an einem Wendepunkt angelangt sind und nun sehr viel davon abhängt, nach welcher Richtung der Bundesrat seine nächsten Schritte lenkt. Die Angelegenheit muss deshalb reiflich überlegt werden.

- 6 -

Herr Bundeskanzler Huber (Fortsetzung)

Herr Bundespräsident Tschudi stimmt der Auffassung von Herrn Graber bezüglich der Bestimmung einer Delegation zu und hält dafür, dass diese für den Bundesrat aus den Herren von Moos und Graber bestehen soll. - Der Rat stimmt zu;

- gibt davon Kenntnis, dass die Kommission des Nationalrates zur Vorberatung der neuen Finanzvorlage in der Gesamtabstimmung der Vorlage mit 16 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt hat, wobei es allerdings zu Differenzen mit dem Ständerat gekommen ist.

12.2.1970 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren:

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)